



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 86 - Plenarwoche 19. - 23. Oktober 2009

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP



I. Allgemeine Informationen:

1. Erste "Fragestunde" des Europäischen Parlaments (EP) mit Kommissionspräsident Barroso

Der Lissabon-Vertrag, die Arbeitslosigkeit und das Vorgehen von Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes im Falle Opel dominierten die erste neu eingeführte Fragestunde des Parlaments mit Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Erstmals konnten die Fraktionsvorsitzenden und Abgeordneten des Parlaments den Kommissionspräsidenten direkt mit ihren Anliegen konfrontieren. Zunächst fragten die Fraktionsvorsitzenden zu offenen Themen, danach die anderen Abgeordneten zu einer vorgegeben Thematik - dieses Mal die Finanzkrise. Der Kommissionspräsident antwortete unmittelbar, wodurch sich eine lebhafte Debatte entfachte. Auf die Frage nach konkreten Schritten zur Umsetzung des neuen Rechts nach dem Lissabon-Vertrag gab sich Barroso allerdings verhalten: "Aus demokratischer Sicht haben alle Länder den Lissabon-Vertrag verabschiedet, obwohl es immer noch eine offene Frage gibt. Die Europäische Kommission wartet darauf, was das tschechische Verfassungsgericht entscheiden wird." Auf die Frage, ob sich die Finanzkrise zu einer sozialen Krise entwickeln könnte, verwies der Kommissionspräsident auf das Konjunkturprogramm der EU und auf die Konjunkturprogramme der Mitgliedstaaten. Barroso forderte außerdem, einen Beschäftigungsgipfel einzuberufen. Ferner angesprochen wurde die Haltung der Kommission gegenüber den deutschen Staatshilfen für Opel. Barroso verteidigte dabei den Standpunkt von Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes, die Bedenken geäußert hatte, dass die deutschen Staatshilfen eng an Magna als Käufer geknüpft seien. Das würde dem EU-Wettbewerbsrecht widersprechen. Deutschland versicherte daraufhin, dass die Staatshilfen auch allen anderen Bietern zur Verfügung gestanden hätten.

2. Sacharow-Preis an russische Bürgerrechtsorganisation "Memorial" verliehen

Der Sacharow-Preis geht in diesem Jahr an die russische Bürgerrechtsorganisation „Memorial“ und an deren Mitarbeiter Oleg Orlov, Sergei Kowaljow und Ljudmila Alexejewa, stellvertretend für alle russischen Menschenrechtler. Memorial, zu deren Gründern Andrei Sacharow und Sergei Kowaljow gehörten, setzt sich seit Ende der 1980er Jahre für die Aufklärung der Verbrechen des Stalinismus sowie für dessen Opfer ein. Seit den 1990er Jahren engagiert sich Memorial gegen autoritäre Tendenzen in den post-sowjetischen Staaten und für die Entwicklung der freiheitlichen, demokratischen Bürgergesellschaft. Der Preis wird seit 1988 vom Europäischen Parlament an Persönlichkeiten oder Organisationen verliehen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit einsetzen. Der Preis ist nach dem Friedensnobelpreisträger Andrei Sacharow benannt und mit 50.000 Euro dotiert. Er wird jährlich im Dezember in Straßburg verliehen. Trotz Verfolgung und Strafen haben sich die Preisträger für Menschenrechte eingesetzt. Gedankenfreiheit ist ein universeller Wert.

II. Das EP hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

3. Finanzhilfe für Nokia-Entlassene

Über 1.300 entlassene Arbeitnehmer des Nokia-Werkes in Bochum sollen rund 5,6 Mio EUR Unterstützung aus dem EU-Globalisierungsfonds erhalten. Der Vorschlag wurde damit begründet, dass die Entlassungen eine Region trafen, in der die Arbeitslosenquote um 3-4 Prozentpunkte höher liege als in Deutschland insgesamt. Zudem seien 2007 die Kündigungen überraschend gekommen, da die Produktion zu der Zeit noch profitabel gewesen sei. Mit den EU-Mitteln sollen die Arbeitnehmer bei ihrer Suche nach neuen Jobs unterstützt werden. Der Fonds wurde 2006 eingerichtet zur Unterstützung von Arbeitslosen, die ihre Arbeitsplätze aufgrund der Globalisierung verloren haben. Nokia hatte 2008 seine Produktion verlagert.

4. Keine Entschließung zur italienischen Informationsfreiheit

Auf Antrag der Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen musste sich das Europaparlament mit einem nationalen Rechtsstreit des italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi mit der Tageszeitung *La Repubblica* beschäftigen. Das Plenum lehnte aber diesen Antrag ab. In jedem EU-Land gilt das Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Wenn es notwendig ist, beschäftigen sich die nationalen Gerichte damit. Mit Ihrem Votum bestätigten insbesondere die Abgeordneten der EVP, dass sich das Parlament nicht in nationale Streitfragen der Medien- und Meinungsfreiheit einmischen soll.

5. Neue Vogelschutzrichtlinie

Die EU-Vogelschutzrichtlinie von 1979 ist eine der ältesten gemeinschaftlichen Rechtsakte im Bereich Natur- und Umweltrecht. Die Richtlinie listet Wildvögel auf, die in der EU unter besonderen Schutz gestellt werden, darunter der eurasische Kranich, der Eistaucher, die Waldschnepfe oder auch der Rennvogel. Es handelt sich um eine kodifizierte Version der Richtlinie. Als Kodifizierung bezeichnet man die Zusammenfassung eines ursprünglichen Rechtsaktes und aller nachfolgenden Änderungen in einem einzigen neuen Rechtsakt. Dadurch soll das Europarecht schlanker und einfacher gemacht werden.

6. EP stimmt Hilfe für europäische Milchbauern zu

Das EP hat einem Dringlichkeitsantrag mit großer Mehrheit zugestimmt, der den europäischen Milchbauern schnelle und unbürokratische Hilfe zukommen lässt. Damit wurden die Weichen gestellt, dass 300 Millionen Euro schnellstmöglich an die Milchbauern ausgezahlt werden können. Der beschlossene Antrag beinhaltet nicht nur die Möglichkeit einer schnellen Umsetzung der Hilfe, sondern auch, dass die Milchquote vorzugsweise an prioritäre Erzeuger vergeben werden kann, und dass nicht ausgeschöpfte Mengen national aufgekauft werden können. Damit hat sich das EP und insbesondere die EVP-Fraktion gegenüber der Kommission durchgesetzt.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2010 (mit über 1.000 Änderungsanträgen von Abgeordneten!)
- Abkommen zur Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte
- Problematik des eingeschränkten Zugangs der Entwicklungsländer zu bestimmten Impfstoffen
- Internationale Organisation für erneuerbare Energien (IRENA)
- Aufhebung bestimmter überholter Rechtsakte des Rates im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik
- Europäischer Auswärtiger Dienst

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>

Europabüro, Oldenburger Str. 97, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: info@europa-mayer.de
Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94
E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu und Internet: www.europa-mayer.de